

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und vierteljährlich 3.75. — Preis für den Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bekannte 50 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 377.

Nr. 73.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 28. März 1931.

13. Jahrgang.

Siehe, voll Hoffnung vertraust du der Erde den goldenen Samen

Und erwartest im Lenz fröhlich die keimende Saat.

Nur in die Furchen der Zeit bedenkst du dich, Taten zu streuen,

Die, von der Wahrheit gesät, still für die Ewigkeit blüh'n.

Schiller.

Menschen ohne Wohnung.

In den vergangenen Tagen der Feier des hundertsten Geburtstages Vater Bodelschwinghs ist im Blick auf dessen große Verdienste viel über das soziale Problem des Eigenheims und der ausreichenden Gesundheitsförderung der Wohnung gesprochen und geschrieben worden. Sein Wunsch, daß jede Familie eine eigene Wohnung bekommen sollte und die von ihm in dieser Richtung begonnene Arbeit hat bereits tausendfachen Segen getragen. Trotzdem ist die Wohnungsnot in Deutschland noch so außerordentlich groß, daß weiterhin ernstlich versucht werden muß, das auf diesem Gebiete von Vater Bodelschwingh gesteckte Ziel durch ein harmonisches Zusammenwirken aller vorhandenen Kräfte zu erreichen.

Der Krieg mit seinen verheerenden Folgen ist dahingegangen und hat unser Volk in eine große Notlage hineingebracht. Die dem Kriege folgende Inflation und die gegenwärtig zur katastrophalen Höhe angeschwollene Arbeitslosigkeit haben ein Uebrigens, um die Geldquellen des gesamten Baumarktes zu erschöpfen. Trotzdem derselbe sich in den letzten Jahren wieder ein wenig belebt hat, konnte die große kassende Lücke, die der Weltkrieg durch den Ausfall fast sämtlicher Bautätigkeit während der Zeit von fast acht Jahren gerissen hat, auch noch nicht annähernd ausgefüllt werden. Die Ersparnisse früherer Jahre sind dahin, so daß für einen großen Prozentsatz der Menschen, die sich heute bei normalen Verhältnissen mit dem Bau eines Eigenheimes befassen würden, jede Möglichkeit hierzu von vornherein ausgeschaltet ist. Es erübrigt sich, an dieser Stelle näher auf die traurigen Folgen dieser Tatsache einzugehen. Jeder kennt sie und viele spüren sie am eigenen Leibe. Fast eine Million deutscher Familien haben heute keine menschenwürdige eigene Wohnung; von den volksvergiftenden weiteren Wohnungssüßeln will ich ganz schweigen.

Durch die Freizügigkeit wurden die Vorbedingungen der Wohnungsnot geschaffen und als ihr Anlaß ist vor allem die Industrialisierung Deutschlands zu nennen. Große Massen Arbeitsuchender vom Lande strömten in den Industriezentren zusammen. Es fehlte die bekannte „Landflucht“ ein. Viele Arbeiter suchten und fanden in der Stadt ihr Brot; aber in den wenigsten Fällen bekamen sie ein Heim, wie es für eine gesunde Entwicklung erforderlich gewesen wäre. Von einigen Ausnahmen abgesehen, wurde weder von den Arbeitgebern noch von den Städten und Regierungen in genügender Weise gesorgt. So entstanden Arbeiterkassernen und Kellerwohnungen. Das einzige Sinnen und Trachten galt dem Gelderwerb. Dabei ließ man die Hygiene der Wohnung meist außer acht. Es herrschte als geistige Strömung der Liberalismus eines rücksichtslosen Erwerbslebens. Der Mensch wurde nur noch als Arbeitskraft, nicht aber als Mensch gewertet. In dieser Zeit machten sich geschäftstüchtige, nur auf eigenes Wohl bedachte Menschen an den Bodenwerb heran und bald entstanden jene Mietskassernen und Wohnhöhlen, die zum Unglück für Deutschland wurden. 85 Prozent aller Deutschen wohnen „zur Miete“ und viele von ihnen betrachten das als Selbstverständlichkeit. — Während einerseits ein wirtschaftlicher Aufschwung durch die Industrie zu verzeichnen war, sanken auf der anderen Seite Moral und Sitte der breiten Volksmassen. Durch dieses Wohnungselend ist unser Volk seelisch und körperlich auf das Größte gefährdet.

Doch auch manche warnende Stimme erhob sich. Der weitschauende Pastor von Bodelschwingh wußte, daß zur Gesundung der Volkseele vor allem die Gesundung der Familien Voraussetzung ist. Ebenso sei hier der großen Verdienste des Bodenreformers Dr. Adolf Damaschke gedacht. — Trotzdem der Weltkrieg die Anregungen und Pläne Vater Bodelschwinghs Jahre hindurch hemmte, hat sein Vorbild in den verschiedensten Eigenheimbewegungen große Nachahmung gefunden. Zuerst war es der Sozialismus, der den Gedanken agitatorisch ausnützte und nachdrücklich auf die Schäden der Vergangenheit aufmerksam machte. Als er dann begann, durch den sozialistischen Parteikapitalismus Wohnungsbauvereinigungen ins Leben zu rufen, war ihm dadurch ein Mittel in die

Hand gegeben, die Massen des Volkes zu binden und zu beherrschen. Hieraus war der ehemalige Vorprung der sozialistischen Wohnungsfürsorge gegenüber anderen Eigenheimbewegungen zu erklären.

Wenn auch die Arbeit des Sozialismus anzuerkennen ist, so kann doch in ihr keine glückliche Lösung des Wohnungsproblems erblickt werden. Vom Sozialismus werden grundsätzlich keine Einzelheime, sondern Massenheime errichtet. Er züchtet ganz bewußt Massen, die sich als Massen, nicht aber als freie, selbständige Persönlichkeiten fühlen, da letztere sich ja für sein Parteiprogramm viel schwerer beeinflussen lassen. Weiter schafft er keine Einzelheime, sondern Mietshäuser. Der Proletariat darf wirtschaftlich nicht unabhängig und frei werden, sondern muß von seinem Parteikapitalismus abhängig bleiben und sein Glück aus den Händen der sozialistischen Partei empfangen. Es müssen Daumenschrauben vorhanden sein, die nach Bedarf angezogen oder gelockert werden können. Die Ergebnisse solcher Maßnahmen sind leicht vorauszu sehen. Der Arbeiter wird dadurch nicht zum eigenen, selbständigen wirtschaftlichen Denken und Sparen erzo gen, sondern er verläßt sich auf seine Parteisekretäre die gerne die Vormundschaft für ihn auf Lebenszeit übernehmen. Endlich schafft der Sozialismus keine Familienheime, sondern Wohnquartiere für 2 oder 3 Personen. Dabei werden die Wohnungen so eingerichtet, daß sie wohl für Mann und Frau reichen, nicht aber auch noch für Kinder. Die Familie wird also bewußt untergraben und das 1- oder höchstens 2-Kinderstystem, das unser Volk mit schnellen, sicheren Schritten dem Abgrund näherbringt, dem Arbeiter aufgezwungen. Wie weit die allgemeine Sittlichkeit im Volke schon gesunken ist, erhellt die Tatsache, daß vielfach Wohnungsvermietungen an junge Ehepaare nur dann stattfinden, wenn diese sich zur Kinderlosigkeit vertraglich verpflichten. Noch vor kurzem beschäftigte ein derartiger Fall eine Justizbehörde im Industriebezirk. Als der unerwünschte Familienzuwachs gekommen war, klagte der Hausbesitzer auf Grund des bestehenden Mietvertrages auf Mietskündigung. Wenn auch das Gericht die fragliche Klausel des Vertrages nicht anerkannte, so muß man doch unwillkürlich fragen, ob in solch traurigen Fälle von sittlicher Minderwertigkeit nicht von der Staatsanwaltschaft ein Strafantrag gegen den Hausbesitzer wegen Verletzung der guten Sitten hätte gestellt werden müssen.

Ich habe im vergangenen Herbst einen Wohnungsblock im Industriegebiet besichtigt, der von einer sozialistischen Gewerkschaft errichtet worden ist. Leider mußte ich dabei feststellen, daß sämtliche Wohnungen des Neubaus für zwei Personen eingerichtet sind und daß bestenfalls noch Platz für ein Kinderbettchen vorhanden ist. Kinder, ein Segen Gottes, gelten als Luxus, den sich ein Arbeiter nicht erlauben soll. Durch diese Maßnahmen kommen die Menschen zwangsläufig in die Notlage, sich gegen die Ordnungen des Staates (es sei nur an § 218 erinnert) und vor allem gegen die Ordnungen Gottes zu verkehren; sie werden systematisch zu Verbrechern erzogen und so ihres Lebensglückes beraubt.

Das Bestreben darf nur sein, freie Menschen im freien Staat heranzuziehen, deren Lebensbestimmung nicht irgendwelchen Parteimachtmitteln, sondern der Ordnung Gottes entzogen ist. Mit der Erziehung des Volkes zu Massenmenschen und deren Abhängigmachung muß dessen geistiges Niveau sinken. Entwurzelte, heimat- und besitzlose Menschen können niemals ein erstrebenswertes Kulturgut bedeuten. Wenn sie auch in Zeiten der Not und Unruhen eine Uebergangserscheinung bilden, so dürfen sie doch nicht das ersetzte Produkt der Volkserziehung sein. Soll unser Volk gefunden, so muß es dahin kommen, daß die großen Massen wieder zu eigenem Besitz gelangen. Ein aus redlicher Arbeit errichtetes Eigenheim, eine eigene Scholle, die auf gesunder Grundlage basierende Familie geben dem Staat die Gewähr des Ehrgefühls und Persönlichkeitswertes des einzelnen. Wenn aber dagegen die Ehre und das Persönlichkeitsgefühl der Staatsbürger derart untergraben wird, daß sich ein Volk nur in der Masse stark fühlt und nur als Zahl Bedeutung gewinnt, so haben die einzelnen Menschen ja nichts mehr zu verlieren und das Verbrechertum und der Haß gegen die Religion haben einen fruchtbaren Boden. Mit der Wertung der Einzelpersonen dagegen wächst die sittliche Verantwortung für sich selbst und für die Anvertrauten. Aus diesem Grunde ist der Familiengedanke so überaus wichtig; denn durch die gesunde Familie werden die Grundwerte und Grundlagen eines gefunden Staates geschaffen. Es muß das Ziel aller deutschen Volksgenossen werden, die sehr ins Wanken geratenen Grundlagen der christlichen Ehe und Familie wieder zu festigen und neu herzustellen, denn bei solchen Familien und deren Mitgliedern ruht die Zukunft uns-

res Volkes, die weiter sorgen und denken wollen, als nur bis zum folgenden Tage. Aus diesem Grunde brauchen wir auch eine Baupolitik, welche die friedliche Einordnung der Arbeiterklasse in die bürgerliche Volks- und Lebensgemeinschaft fördert, nicht aber die Gegensätze bewußt verschärft und die traurigsten Erscheinungen unseres Volkslebens als Gewinn betrachtet.

Besonders in den letzten Jahren sind von den verschiedensten Seiten eine Reihe von Versuchen gemacht worden, die Wohnungsnot zu lindern. Es bildeten sich immer mehr Eigenheim-Bauvereinigungen, und manche von ihnen haben schon Anerkennenswertes geleistet.

Die Wohnungsfrage ist oft und eingehend von unseren evangelischen Kirchenbehörden besprochen worden. Schon die Tagung des deutschen evangelischen Kirchenausschusses in Eisenach im Jahre 1925 stand unter dem Zeichen des Wohnungsbaues. Inzwischen haben manche weitere Konferenzen stattgefunden. Alle diese Erwägungen der Kirche wurden vom Zentralkomitee für die Innere Mission aufgenommen, der in Verbindung mit anderen evangelisch-sozialen Verbänden im Jahre 1926 die Deutsche evangelische Heimstätten-Gesellschaft m. b. H. gründete. Sämtliche großen evangelischen Organisationen sind ihr beigetreten und haben sich verpflichtet, die Zentralkomitee ideell und materiell zu unterstützen. — Es ist somit eine Organisation vorhanden, die jedem Evangelischen die Möglichkeit gibt, in den Besitz eines Eigenheims zu gelangen. — Die von der Inneren Mission verwaltete Geschäftsstelle der Evangelischen Heimstättenbewegung in Münster i. W., Zumsandstraße 29, ist gerne zu ausführlichen Beratungen und Auskünften in dieser wichtigen Angelegenheit bereit.

Es liegt nun an uns, daß wir alle mit Tatkraft, Opferinn und Ausdauer als evangelische Christen zusammenstehen und mit vereinten Kräften der Wohnungsnot in unserem Volke steuern. Auch hier gilt das Wort Galater 6, 10: „Lasset uns Gutes tun an jedermann, als dermeist aber an des Glaubens Genossen!“

Albert Siebrecht.

Ostpreussische Not.

Aus Ostpreußen wird geschrieben:

In Nr. 64 des „Aufwärts“ tadelt W. W. als „unverändliche Ueberspannung“ die Tatsache, daß der ostpreussische Vertreter im Reichsrat, Freiherr von Gagl, sich bei der Abstimmung über das Osthilfsgesetz der Stimme enthielt, da er die Wirksamkeit des Gesetzes für Ostpreußen bestritt.

Ostpreußens Skepsis ist Herrn W. W. unverständlich, wenn er auch zugibt, daß Ostpreußens Wünsche „vielleicht“ nicht „100-prozentig“ erfüllt seien.

Es sei einem ostpreussischen Landwirt, dessen Familie 100 Jahre mit der Heimatscholle verbunden ist, gestattet, einige Worte dazu zu sagen.

Ich weiß wohl, wie wenig im „Reich“ unser deutscher Osten bekannt ist. Ist unser Wunsch zu unbedeutend, daß Ihr Volksgenossen im „Reich“ Euch ernstlich bemüht, endlich unsere Lage objektiv zu erfassen? Oder habt Ihr unsere abgetrennte Provinz schon endgültig od acta gelegt? Habt Ihr schon vergessen, was wir 1914/15 unter russischer Besatzung durchgemacht, wieviel Städte, Dörfer und Güter in Asche sanken, wieviele Bewohner nach Rußland wandern mußten in Not und Tod, bis Hindenburg mit ostpreussischen Truppen uns die Freiheit schenkte?

Habt Ihr vergessen, oder nie erfahren, welche Opfer hier gebracht sind, um uns — und Euch — vor den Bolschewisten zu bewahren, die die Grenze bedrohten? — Haben nicht Tausende hungernder Stadtkinder aus dem Reich auf unseren Höfen wieder rote Backen und blanke Augen bekommen. — Floß nicht aus Ostpreußen seit Jahrzehnten ein Strom gesunden Blutes dauernd in die Adern der großen Städte, ohne den Eure Asphalt-Zivilisation schon längst erstarben wäre?

Was der „Korridor“ für Ostpreußens Kultur und Wirtschaft bedeutet, kann jeder erfahren, wenn er es nur will. Aber wer so in Not ist wie wir, wird leicht unbequem. Wenn wir uns gegen den völligen Zusammenbruch auflehnen, so zuckt man vielleicht verärgert die Achseln und denkt: „Ja, was wollen diese Leute denn? Wollen sie auf unsere Kosten, die wir doch auch nicht auf Rosen gebettet sind, immer eine Extrawurst haben?“ — Vielleicht steigt auch eine Erinnerung auf an irgendeine Karrikatur eines Wighlattes, die den ostpreussischen Landwirt als sporenklirrenden Landjunkier wahrheitswidrig verhöhnste.

Wenn Ihr westlichen Volksgenossen nur wüßtet, wie die Sorge um Heimat und Familie uns seit Jahren unerträglich quält, wieviel Tausende Besitzungen aller Größen schon zusammenbrachen um unsicheren Siedlungsplatz zu machen, deren Einrichtung ein Mehrfaches von dem kostete, womit man die alten bodenständigen Besitzer hätte auf der Scholle halten können! Fragt nur einmal die alten, seit Generationen im selben Betrieb tätigen, uns innerlich verbundenen Arbeiter, die sich einen zusammenbrechenden Betrieb verlassen müssen, der ihnen Brot gab, was sie — die Arbeitswilligen — empfinden, wenn sie „stempeln“ müssen. Ich glaube, Ihr würdet an allem irre, was man Euch so gemeinhin von ostpreussischen Verhältnissen vorzählt.

Glaubt nicht, daß wir Ostpreußen uns auf eure Kosten bereichern wollen und Ansprüche stellen, die nicht „im Bereich des Möglichen“ liegen. Ihr denkt, wir schlucken gerne jene „Ostpreußenhilfen“ und „Osthilfen“, danken sie aber mit steter Unzufriedenheit. Ja, haben wir denn in unserer abgeschnittenen Lage — polnischer Konkurrenz ausgeliefert und national bedroht — kein Recht auf Sonderhilfen? Schreien wir mit Unrecht nur nach Staatshilfe? Nun, da hätte der neuliche Rundfunkvortrag unseres Kammerpräsidenten, Dr. Brandes, euch belehren können, was die ostpreussische Landwirtschaft auf dem Gebiet der Selbsthilfe leistet, die uns ja noch dauernd empfohlen wird.

Man hat uns „umgeschuldet“, hat uns Gelder gespendet; wir haben's dankbar anerkannt, in der Hoffnung, „den Anschluß“ an eine Zeit der Rentabilität zu „erreichen“. Und nun sinken viele dieser „sanitierten“ Betriebe erneut zu Boden. Darum wollen wir nichts geschenkt oder neu geborgt haben. Ostpreußens Landwirtschaft hat an seiner jährlichen Zinslast von 130 Millionen (30 Millionen vor dem Krieg) genug zu tragen. Also macht nicht „Fehlinvestitionen“ mit neuen „Hilfen“. Die bleiben eben unwirksam, wie unser Freiherr von Gayl in unser aller Sinne betont hat. Verschaffe uns der Staat eine generelle Lastensenkung als Grundlage für eine beschleunigte Rentabilität. Auf diese haben wir ein Recht, denn jede Arbeit ist ihres Lohnes wert.

Ja, werdet Ihr fragen, liegt das „im Rahmen des Möglichen“? Wir und Millionen mit uns sagen: Ja! Freilich nicht bei diesem System. Freilich nicht, solange die Sparjamkeit, die Preußens Könige uns lehrten, nicht wieder Platz greift im Staatsleben, nicht, solange das Märchen vom konsumentenfeindlichen Zollschatz weiter erzählt und geglaubt wird; nicht, solange — um ein Beispiel heraus zu greifen — Weizengebäck aus ausländischem Weizen oder gar die so bequeme Banane das Frühstück deutscher Schulkinder bleibt. Vor allem aber nicht, solange alle paar Minuten der Wert eines deutschen Bauernhofs als Reparation gezahlt wird. Die Mauer von Versailles steht vor jedem Tor, das zur wirtschaftlichen und nationalen Freiheit führt. Daß diese Mauer sich nicht brechen läßt, glaubt weder Deutschland noch die übrige Welt. Gibt es nicht zu denken, daß Schacht, der damals den Youngplan unterschrieb, jüngst sagte: „Morgen früh um 8 Uhr die Zahlungen einstellen!“? Einmal muß es ja doch dahin kommen. Sollen wir erst jeden deutschen Bauern vom Hof vertrieben wissen? Je mehr zerstört ist, desto schwerer ist der Aufbau.

Glaubt nur: Wir Ostpreußen — seit des Ordens Zeit im Kampfsgeist gestählt — sind viel zu stolz, um an Almosen Gefallen zu finden. Gebt uns nur die Möglichkeit bescheidenster Rentabilität, wir werden's dem Reich danken als treue Hüter der Grenze. Denn Immanuel Kants Imperativ der Pflicht lebt noch im ostpreussischen Bauern. Drum scheltet nicht unseren Freiherrn von Gayl. Er weiß, was uns nützt. Es gibt auch heute noch legale

Wege zur Befundung. Bahnt im Volksbegehren des Stahlhelms den Weg, der zur Freiheit führen soll. Ostpreußen kann nicht lange mehr warten. Wenn es Euch auch un bequem ist: Kümmernt Euch um uns; Ihr rettet uns — und Euch!

Sturm gegen Deutschland!

— Berlin, 27. März.

Die Gegenaktion gegen das österreichisch-deutsche Zollprotokoll, die angesichts der jättem bekannten Einstellung Frankreichs mit Sicherheit zu erwarten war, hat jetzt auf der ganzen Linie eingesetzt. Zwar hat der englische Außenminister Henderson den Franzosen nicht den Gefallen getan, daß er mit ihnen im Rahmen einer förmlichen Intervention von Deutschland und Deutsch-Österreich die Preisgabe der Zollunion verlangte, aber auch Englands Zustimmung zur Einschaltung des Völkerbundes ist noch schlimm genug.

Nicht daß Berlin und Wien die Nachprüfung der juristischen Zulässigkeit eines österreichisch-deutschen Zollvertrags zu scheuen haben. Wir sind fest davon überzeugt — und können davon überzeugt sein —, daß der Abschluß einer Zollunion der deutschen Staaten weder die Rechte der österreichischen Gläubiger beeinträchtigt, noch die grausamen Friedensbittate aus den Angeln hebt. Wenn trotzdem die Einschaltung des Völkerbundes Bedenken erwecken muß, dann deshalb, weil die von Frankreich und den noch mißvergnühteren Tschechen angemeldeten Bedenken offensichtlich nicht legitim sind.

Das Jornesgeschrei, das uns aus Paris und Prag entgegenhallt, hat mit der angeblichen Entrüstung über verletztes Recht nicht das mindeste zu tun, sondern es erklärt sich einzig daraus, daß Deutschland und Deutsch-Österreich endlich einmal entschlossen genug waren, in der Politik eigene Wege zu gehen. Mit einer derartigen Möglichkeit haben die Franzosen anscheinend nicht mehr gerechnet; und nun ist der Ragenhammer groß; einmal, weil die Diplomaten, von denen man sagt, sie hörten das Gras wachsen, diesmal so gar nichts von den Dingen geahnt haben, die sich in Wien abspielten, zum anderen, weil durch die österreichisch-deutsche Zollunion große politische Konzepte zerstört worden sind!

Daher kommt es, daß jetzt gerade die Mächte haß erfüllt gegen Deutschland und Wien Sturm laufen, deren Vertreter vor einigen Monaten noch dem österreichischen Botschafter Dr. Schober in Genf begeistert zuzuhörten, als er die Theorie der regionalen Wirtschaftsverständigung entwickelte. Damals hoffte man, mit dieser Theorie Deutsch-Österreich fangen zu können, indem man es in einen Wirtschaftsband mit der Tschechei und anderen Nachfolgestaaten hineinpreßte; nun hat die praktische Weiterverfolgung dieses Gedankens zu einer weiteren Annäherung Österreichs und Deutschlands geführt und darüber hinaus dazu, daß sich Deutschland ungerufen und wirkungsvoll in das französisch-italienische Spiel um die mitteleuropäischen Mächte eingeschaltet hat.

Den Vorwurf der „Geheimnisträumerei“ sollte man den Regierungen in Wien und Berlin jedoch nicht machen, zudem sieht das den Mächten schlecht zu Gesicht, die in der Flottenfrage z. B. gleichfalls — und mit gutem Erfolg — hinter den Kulissen verhandelt haben. Bisher haben sich die beiden deutschen Staaten zunächst nur über ein Protokoll verständigt, hätten sie dazu erst beschreiben in Paris und Prag angefragt, wie man dort über einen solchen Schritt denke, dann wäre der Gedanke der österreichisch-deutschen Zusammenarbeit schon begraben gewesen, ehe der Keim in die Erde gelegt worden war, zum anderen aber hätte das deutsche Volk gegen eine derartige Hdrigkeit machtvoll protestiert.

Wägen nun England und Frankreich glauben, daß der Völkerbundrat unbedingt wegen des österreichisch-

deutschen Zollprotokolls bemüht werden muß. Deutschland kann sich schließlich mit solchen juristischen Studien abfinden — wenigstens es ihren Nutzen nicht einzusehen vermag. Unzulässig ist dagegen jede Nachprüfung des Wiener Vertrags unter politischen Gesichtspunkten und erst recht eine Auslegung der Verhandlungen bis der Völkerbundrat im Verlaufe seiner nächsten Sitzungen sich schlüssig geworden ist.

In dieser Hinsicht sind die Antworten, die der deutsche Reichskanzler und der österreichische Bundeskanzler den Vertretern Englands erteilt haben, erfreulicherweise deutlich genug ausgefallen. Auch wenn der „Daily Herald“, das Zentralorgan der regierenden englischen Arbeiterpartei darüber die Fassung verliert und meint, der Reichskanzler täte gut daran, „seine Ansicht wie sein Benehmen zu ändern“, täuscht uns das nicht darüber hinweg, daß hier nicht Deutschland oder Österreich fremde Rechte, bestehende oder angemaßte, verletzt haben, sondern daß die anderen Mächte Neigung verraten, es wieder einmal mit deutschen Rechten nicht genau zu nehmen.

Um es zum hundertsten Male nochmals zu sagen: die Ausführung des Wiener Vertrags läßt Deutsch-Österreich genau so selbständig, wie es bisher nach der grausamen Amputation von St. Germain „selbständig“ gewesen ist. Wenn aber jemand Veranlassung hat, schuldigen Respekt zu vermissen, dann sind das Deutschland und Deutsch-Österreich. Denn schließlich geht es in diesem Falle darum, daß endlich einmal die deutsche Souveränität ausreichend respektiert wird. Mögen die Mißvergnügten in Paris und Prag sich noch so wild gebärden, in der Frage der Zollunion — dieser „ersten gebundenen Revolte“ — gibt es für Deutschland und Österreich kein Zurück mehr!

Benesch wird ausfallend.

Einig mit Frankreich und in dem Willen, das Wiener Protokoll zu sabotieren. — Herausforderung Deutschlands.

— Prag, 27. März.

Herr Benesch, Außenminister der Tschechoslowakei, hat sich bemüht gefühlt, im Auslandigen Ausschuss seines Parlaments eine Erklärung über die österreichisch-deutsche Zollunion abzugeben. Er führte aus:

„Das deutsch-österreichische Zollabkommen ist ein in seinen politischen und wirtschaftlichen Folgen weitreichendes Ereignis, vorausgesetzt, daß es ins Leben tritt. Vom politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus könnte die in diesem Plan angeordnete Konstruktion uns nur dann befriedigen, wenn sie im gesamten europäischen Rahmen durchgeführt und so geändert würde, daß sie den Interessen aller Staaten entspricht.“

Unsere Ansicht ist, daß mit der Durchführung dieses Planes die Verpflichtungen aus dem Vertrag von St. Germain und aus dem Garantieprotokoll verletzt werden. Ich denke, daß in Genf gerecht und politisch vernünftig entschieden werden wird. Es handelt sich hier um eine für die Ruhe und den Frieden Europas wichtige Angelegenheit. Wir werden die Genfer Lösung, welche sicher den europäischen Interessen entspricht und keineswegs brüchig begrenzt nur den Interessen einer Seite entsprechen wird, gern annehmen. Es liegt dies ganz in der Linie unserer Außenpolitik.

Unsere Stellungnahme beruht auf sorgfältigen Überlegungen. Ich möchte feststellen, daß die Regierungen der kleinen Entente in ihrer Ansicht über diese ganze Frage gleich vom ersten Augenblick an vollkommen einig waren, daß wir einheitlich auch mit der französischen Regierung vorgehen und daß wir dem Vorgehen der britischen Regierung, welche gemeinsam mit der französischen Regierung die Angelegenheit dem Völkerbundrat vorlegen will, voll zustimmen.“

Von einem, der nicht stempeln wollte.

Wenn der Ernährer einer Familie arbeitslos ist, das ist wohl eine Not.

Der Frank Steffens wußte auch nicht mehr, was er auf der Welt sollte. Erst ein Werkmeister, und dann einer, der, wenn er nicht brotlos werden wollte, selbst die Feile und den Hammer in die Hand nehmen soll — das mag nicht jedem passen. Er aber hatte sich damit abgefunden. Die Welt ist nun einmal verkehrt. Freie Bahn dem Tüchtigen, nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten! Wenn er nur nicht einer von den alleruntersten wurde!

Er wurde es aber doch. Eines Tages konnte auch er stempeln gehen. Er tat es nicht. Nicht, daß er hoffärtig war oder sich schon ein Stück Geld erspart hatte, von dem er jetzt leben konnte, nein, er war, obwohl bereits ein Vierzigjähriger, der Vorsitzende eines Jünglingsvereins und dachte: nun mußt du deinen jungen Freunden einmal zeigen, was es heißt, ein Lebenskämpfer zu sein. Arbeiten und nicht verzweifeln!

Aber es ist schon so eine Welt heute! Er hatte einen Freund, der war der Buchhalter einer Eisengießerei und hatte, der Glückliche, eine feste Lebensstellung. Wenigstens war es ihm einst, als noch jeder Fabrikshornstein rauchte, von den Inhabern des Werkes oft genug gesagt worden: „Herr M., wir trennen uns nie!“ Den suchte Frank Steffens eines Abends auf, er wollte ihn fragen, ob er keinen Unterschlupf für ihn wüßte. Aber siehe, der Buchhalter war jetzt auch entlassen worden. Bei dem schlechten Gang des Geschäftes hatten sich seine Brotbrherren nach einer jungen billigen Arbeitskraft umsehen müssen, und der Mann war noch froh, daß seine Tochter, obwohl die eben erst von der Handelschule gekommen war, für ihn hatte einspringen können. So weit sind wir nun gekommen, dachte Steffens. Erst ziehen die Eltern unter Mühen und Sorgen die Kinder groß, und dann nehmen die Kinder den Eltern das Brot weg!

Andern Tags ging er auf das Rathaus und sprach mit einem Stadtschreiber. Die städtischen Behörden planten

die Errichtung eines Jugendamtes, und er hoffte, dort eine Anstellung zu finden. Er wurde auch vorgemerkt. Jemand ein kleiner Schreiberposten, gewiß, es würde sich schon machen lassen. Aber dann war es wieder so ein junges Ding, das eben ins Leben springt, das einen Familienvater verdrängt. Die Tochter eines mit einer freien Dienstwohnung und einem Einkommen von 10 000 Mark gut versorgten Mannes. Nun beschloß sich einer die Welt! denkt der Enttäuschte. Freilich, wer etwas gelernt hat, der will auch Geld verdienen. Aber er schüttelt doch immer wieder den Kopf.

Es war nicht recht. Oder doch, es mochte vielleicht schon recht sein, aber es war nicht klug. Er, der mitten unter dem darbenenden Volke lebte, er wußte, daß nun bald wieder die Kleider und Heßer die Faust recken würden: „Seht, so wird's gemacht!“

Nun war in seiner Nachbarschaft ein Geschäftshaus gebaut worden. Der Rohbau stand schon fertig, und daß er schnell austrockne, wurden in den unteren Räumen eiserne Koksöfen aufgestellt und ständig in Glut gehalten. „Ob das nichts für mich ist?“ fragte sich Steffens. Und richtig, als er anklopfte, war es etwas für ihn. Tagsüber wurden die Öfen von den Bauarbeitern versorgt, nachts mußte er es tun.

Und nun erst lernte er das Elend kennen. Nun drängte es sich an ihn heran, frostklappernd, mit hohlen Wangen und hungrigen Augen. Alte und Junge, selbst halbe Kinder noch, die abends an den Holzverschaltungen der Fensteröffnungen ein paar Bretter zurückschoben und dann stehen blieben und sahen aus dem Dunkel starrten, stumm bettelnd, ob sie nicht an das Feuer kommen und sich wärmen dürften. Wie hätte er ihnen das wehren können! Manche blieben die ganze Nacht. Lieber an einem warmen Feuer als auf den harten Pritschen eines Obdachlosen! Sie bauten sich aus Ziegelsteinen eine Bank um den knisternden Kokslopf und hockten dann, die klammten Hände über die blauen Flammen haltend und leise hustend den stickigen Koksduft schluckend, dicht aneinander gedrängt um das gesegnete Feuer und starr-

ten wortlos in die züngelnde Glut. Klackernd auf ihre armseligen Kleider, auf ihre leids- und gramvollen Züge sprang der Schein der roten Loh. Und draußen, die Nacht von 11 bis 1 Uhr, lachte eine Welt, die in Pelzwerk und dicken Mänteln von Tanz und Trunk und heiterem Spiel kam und nun satt und warm ihren weichen Betten entgegen ging. Oft trällerten ihre Lippen noch einen lustigen Schlager und hohnvoll in die grauenwolke Verlassenheit der Arbeits- und Heimataflosen prallte die Gedankenlosigkeit einer gottfernen Welt: „Trink, trink, Brüderlein trink!“

Dann packte den Frank Steffens allemal ein Jota, daß es ihn schüttelte. Er hätte so irgendeinen der armen Verlassenen an die Hand nehmen und ihn hinausführen können an eine Stätte der rauschenden Lust, zu den Kindern der Torheit und des Todes: „Ihr schwelgt und prast und eure Brüder verhungern!“

Er sagte es aber nur seiner Frau und erzählte es im Jünglingsverein. Die Folge war, daß er dank einer Sammlung unter den jungen Leuten jedem seiner Schutzbesohlenen alsbald in jeder Nacht eine tüchtige Schmitte Brot reichen konnte, auch stand dann über dem einen Feuer bald ständig ein Wasserkessel mit einem fast die ganze Nacht lustig hüpfenden Deckel, und zu dem Brot kam ein Becher Kaffee. Wie ein reicher Hausvater kam er sich jetzt vor, der arme Nachtwächter, und wenn einmal ein ausbleichender Blick ihm dankte, war ihm das ein herrlicher Lohn.

Aber in einer Nacht hörten draußen auf der Straße ein paar Gejellen, die auch vom Tanz und Trunk kamen, das Husten und das Becherklappern, und wenige Minuten später trieb ein blauroter Güter der Ordnung das obdachlose Volk hinaus. Andern Tags war Frank Steffens kein Nachtwächter und kein Hausvater mehr.

Aber die Welt ist groß und ehe er stempeln geht, geht er lieber erst mal auf den Wochenmarkt. Von einem Stand an den andern. Und griff vor jedem dicken Metzger, jedem Gemüsehändler an den Hut: „Wie ist es, kann

Zum S
Angelegenheit
Europa herr
wurde, das
den Völkerb
Staaten hin
einem Augen
fung einer
konferenz des
ten auf die

Mit die
Außenministe
geleitet, auf
und der Klein
erteilt wer
union als
die Wahrheit
freilichwei
Herrn Bene
die den Öste
nahme der
und Wien v
zu verfolgen

Wirtf

Der W
Jum u. a.
hamm, Gen
gehören, in
Vertrag, in
„Der
Gruppe, beg
abkommens
der nahezu
hat der Mi
mitteleurop
europäischen
päischen W
Zeit glaubt
päische Bö
des letzten
wirtschaftl
päischen St
ermöglichen
tchen.“

Flame

Zweiteit
Die f
ber belgisch
bracht, won
aus Flanda
soll.

Inter
Anträgen
in das bel
erklären da
Geschehen
in Luxemb
abstimmung

Wi

Berlin,
Magistrat
geteilt, da
Gesetzes G
als Bürger
können.

ich Jhnen
und abbre
es nicht v
mal ein S

Wenn
anderen
lischen Vo
Zettelank
auch muß
gänge und
Aber e

Eines
Ehe- und
Die kann
war einst
der dann
mit an de

junge
jens nach
Pfennige
wenigsten

Sie h
ben. Sie
beet un
kaum da
dem Gar
merfegen

Nun
dem Rat
gegengin
müße, da
das hung
herum u
dorbem
selbstgezo

Frank
Stadt wa
gemüßez

Reichstag bis Oktober vertagt.

Nach Verabschiedung der Dörfliche und des Zollermächtigungsgesetzes.

— Berlin, den 26. März 1931.

In vierstündiger Sitzung erledigte der Reichstag seine letzten Arbeiten vor den Sommerferien. Bei den Schlussabstimmungen wurde das Zollermächtigungsgesetz mit 285 gegen 82 Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten verabschiedet.

Artikel 3 des Gesetzes erhielt dabei folgende endgültige Form:

„Steigt im Gegensatz zu dieser allgemeinen grundsätzlichen Preispolitik die vom Statistischen Reichsamt ermittelte Preisindex für Ernährung über 133 und bleibt sie vier Monate auf diesem Stand, so hat die Reichsregierung unverzüglich durch geeignete Maßnahmen einschließend der Herabsetzung von Zollsätzen auf die Preisgestaltung so einzuwirken, daß die Indexziffer auf oder unter den Index 133 sinkt.“

Das Dörflichegesetz wurde nach Ablehnung zahlreicher kommunistischer Änderungsanträge mit 309 gegen 65 kommunistische Stimmen verabschiedet; desgleichen stimmte der Reichstag dann dem Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und dem Industrieabgabengesetz zu.

Unter Zustimmung zu dem Vorschlag des Vizepräsidenten, die Plenarverhandlungen bis zum 13. Oktober zu unterbrechen, ging der Reichstag dann in die Sommerferien.

In einem kurzen Schlusswort rief Präsident Brüning fest, daß die Reichstagsarbeit in der Zwischenzeit in den Ausschüssen weitergehe. Namens des Reichstags dankte dann Abg. Dr. Kahl als das älteste Mitglied des Hauses dem Präsidenten für die Geschäftsführung.

Neue Anstellungsgrundsätze für Kriegsbeschädigte.

— Berlin, 27. März. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstags hat sich mit einer von der Reichsregierung beantragten Ergänzung der Anstellungsgrundsätze befaßt. Die Ergänzung wurde einstimmig genehmigt. Sie stellt nunmehr auch die Fortbewilligungen unter die Anstellungsgrundsätze, die bisher ausgenommen waren. Abg. Hoffmann (Soz.) brachte dann eine Entschließung ein, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag alsbald eine erneute Ergänzung der Anstellungsgrundsätze vorzulegen, dahingehend, daß an Stelle jeder fünften Stelle, wie bisher, künftig jede dritte Stelle einem schwerverwundeten Beamten einzuweisen überlassen werden soll. Es wurde beschlossen, die Frage der Unterbringung schwerverwundeter Beamten einzuweisen überlassen werden soll. Es wurde beschlossen, die Frage der Unterbringung schwerverwundeter Beamten einzuweisen überlassen werden soll.

Zum Schluß bedauerte Benesch, daß in dieser Angelegenheit, die eine „wirkliche Erregung“ in Europa hervorgerufen habe, ein Vorgehen gewählt wurde, das „nicht dem Geiste entspricht, der durch den Völkerverbund in die Beziehungen der europäischen Staaten hineingetragen worden sei“; dadurch sei in einem Augenblick, in dem sich Europa „auf die Schaffung einer guten Atmosphäre für die Abrüstungskonferenz des Jahres 1932 vorbereite, ein tiefer Schatten auf die internationale Lage gefallen.“

Mit diesem Kommentar hat sich der tschechische Außenminister eine Provokation Deutschlands geleistet, auf die ihm, auch wenn er „mit Frankreich und der kleinen Entente einig“ ist, eine deutliche Antwort erteilt werden muß. Die österreichisch-deutsche Zollunion als eine Friedensgefahr hinstellen, das heißt die Wahrheitsverdrehung auf die Spitze treiben! Erst rechtlich können aber auch die Ausfälle des Herrn Benesch nichts an den großen Tatsachen ändern, die den österreichisch-deutschen Vertrag als eine Maßnahme der Selbstbehaltung erzwungen haben und Berlin und Wien verpflichtet, diesen Weg unbeirrt weiter zu verfolgen.

Wirtschaft begrüßt Zollunion.

Der Mitteldeutsche Wirtschaftstag, dessen Präsidium u. a. Geheimrat Duisberg, Reichsminister a. D. Hamm, Generaldirektor Springorum und Pönsgen angehören, veröffentlicht eine Kundgebung zum Wiener Vertrag, in der es u. a. heißt:

„Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, begrüßt lebhaft den Abschluß des Wirtschaftsabkommens zwischen Österreich und Deutschland. In der nahezu sechsjährigen Dauer seiner Wirksamkeit hat der Mitteleuropäische Wirtschaftstag zwischen den mitteleuropäischen Staaten mit dem Ziele einer mitteleuropäischen Wirtschaftskrise ständig propagiert. Lange Zeit glaubten wir Kreise, daß eine gesamteuropäische Lösung finden zu können, bis die Mißerfolge des letzten Jahres zu der Einsicht führten, daß die wirtschaftlichen und politischen Interessen aller europäischen Staaten eine solche in absehbarer Zeit nicht ermöglichen. Nur etappenweise läßt sie sich verwirklichen.“

Flamen für Volksabstimmung.

Zweiteilung Belgiens und Geheimabstimmung in Eupen-Malmédie beantragt.

— Brüssel, 27. März.

Die flämischen Nationalabgeordneten haben in der belgischen Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach Belgien in einen Bundesstaat, bestehend aus Flandern und Wallonien, umgewandelt werden soll.

Interessant ist dabei, daß die Flamen in ihren Anträgen das Gebiet von Eupen und Malmédie nicht in das belgische Staatsgebiet einbezogen haben. Sie erklären dazu, daß sie bei der Beratung ihres neuen Gesetzentwurfes in der Kammer beantragen werden, in Eupen-Malmédie eine neue, diesmal geheime Volksabstimmung vorzunehmen.

Bürgermeister Scholz will zurücktreten.

Berlin, 26. März. Bürgermeister Scholz hat dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß er für den Fall des Inkrafttretens des Gesetzes Groß-Berlin in der jetzigen Fassung sein Amt als Bürgermeister der Stadt Berlin nicht weiter führen könne.

Ich Ihnen nicht helfen, wenn Sie Ihre Bude aufstellen und abbrechen? Bei einigen konnte er helfen und wenn es nicht viel gab, gab es doch immer etwas. Auch wohl mal ein Stück Suppenfleisch oder ein paar Äpfel.

Wenn kein Wochenmarkt war, suchte er sich einen anderen Verdienst. Er warb für die Sache des Evangelischen Volksdienstes, er war ein Flugblattverteiler und Zettelankleber. Schließlich trug er noch eine Zeitung aus, auch mußte er oft für einen Kaufmann allerlei Botengänge und Besorgungen machen.

Aber es war alles nichts Rechtes, es kam zu wenig ein.

Eines Tages kommt er in ein Haus, wo, ihres stillen Ehe- und Mutterglückes froh, eine junge Frau schaltet. Die kannte ihn, wenigstens den Namen nach. Ihr Mann war einst in seinem Jünglingsverein gewesen, und als der dann bald aus seinem Dienst kam, mußte er sich mit an den Mittagstisch setzen. Es gab — am 14. März — junge Mädchen. Und staunend rechnete Frank Stefens nach: Das Bund, fünf bis sechs Stück, kostet vierzig Pfennige, da hat die Frau ja für ihre große Schüssel wenigstens drei Mark ausgeben müssen!

Sie hatte keinen Pfennig für das Gemüse ausgegeben. Sie hatte nur vor einem halben Jahr ein Gartenbeet umgraben und den Samen ausgestreut und jetzt, kaum daß der Schnee fort war, den jungen Segen aus dem Garten geholt. Es braucht ja nicht immer ein Sommerregen zu sein.

Nun wurde aber einer nachdenklich. Draußen auf dem Rathausplatz lag jetzt, wo es dem Frühling entgegen ging, an jedem Markttag allerlei faulendes Gemüse, das die Händler liegen ließen, haufenweise, und das hungernde Volk der steinernen Not wühlte darin herum und riß sich um alles, was noch nicht ganz verdorben war. Und hier gab es junge, köstlich schmeckende, selbstgezeugene Möhren.

Frank Stefens ging und fragte einen in der Nähe der Stadt wohnenden Gutsbesitzer, was er von der Erntebemessung hatte. Die Antwort war eine im allgemei-

Die Wunde Indien.

Die blutigen Kämpfe in Cawnpur.

— London, 27. März. Die Lage in Cawnpur hat sich nach den letzten blutigen Kämpfen, weiter verschlechtert. Insgesamt sind dort etwa 80 Personen getötet und rund 500 verletzt worden. Die mohammedanischen Ladenbesitzer haben 25 Hindu-Kinder ermordet, die anlässlich der Hinrichtung der Mörder von Lahore zum Schließen der Türen aufgerufen und dann mit Steinen warfen, als die Ladenbesitzer der Aufforderung keine Folge leisteten.

In Burma ist es erneut zu größeren Unruhen gekommen. Im Bezirk Tharawaddi wurde ein Militärposten plötzlich von Aufständischen angegriffen, die jedoch mit einem Verlust von 25 Toten und zahlreichen Verwundeten zurückgeschlagen wurden. An einer anderen Stelle gelang es einem englischen Polizeiposten gleichfalls einen Angriff abzuwehren, den die Aufständischen im Vertrauen auf einen von ihnen mitgeführten heiligen Elefanten unternommen hatten. Sie ergriffen jedoch die Flucht, nachdem ihre Führer niedergeschossen waren. Die Militärbehörden haben sofort größere Truppenabteilungen in Bereitschaft gestellt, um weitere Unruhen sofort niederzuschlagen zu können.

Vor Gandhis Rücktritt?

London, 26. März. Wie aus Bombay gemeldet wird, erklärte Gandhi, daß die Einrichtung der drei Mörder von Lahore keine Haltung gegenüber dem englisch-indischen Abkommen nicht geändert habe. Die indische Regierung habe jedoch einen furchtbaren Fehler begangen. Sollte der Kongress seine Abmachungen mit dem Vizekönig nicht gutheißen, so werde er sich zeitweilig von der Politik zurückziehen. Es sei eine Erniedrigung für die Indier, wenn sie die englische Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen Hindus und Moslems anriefen.

Der allindische Kongressausschuß erörterte eingehend die neue Lage in Indien, insbesondere im Hinblick auf die Hinrichtungen und die starke Opposition gegen Gandhi.

nen kühlte, in einzelnen Punkten sogar leidenschaftliche Ablehnung: „Ausgeschlossen! Ich habe es versucht, aber wir kommen mit den Holländern nicht mit!“

Dasselbe sagten ihm die Markthändler. Aber sollte er eine junge Hoffnung, die schon frühlich in das Sonnenlicht geblickt hatte, gleich wieder begraben? Er wagte es: er pachtete einen Acker, sorgte für den nötigen Dünger, kaufte Gartengeräte und Sämereien und ging frisch ans Werk. Nicht, daß er deshalb seinem anderen Erwerb nicht mehr nachging, er nahm jeden Verdienst mit, der sich ihm bot, der Acker aber, obwohl er wußte, daß zwischen Aussaat und Ernte eine lange Zeit des Wartens liegt, blieb ihm doch die Hauptsache.

Und endlich, an einem Sommermorgen konnte er dann seine ersten Früchte auf den Markt bringen, Kohlraben, Möhren, Kopfsalat. Aber welche Enttäuschung: Der Erlös betrug nur wenige Mark. Und er konnte noch froh sein, daß er seine Ware losgeworden war, an den Ständen der Händler sah er ganze Körbe, die nicht ausgepackt waren und wieder mitgenommen werden mußten.

Einmal auf dem Wochenmarkt und nicht wieder, denkt er. Aber er hatte eine gähe Natur, die sich durch einen Fleck nicht leicht entmutigen ließ. Rufen die Hausfrauen nicht zu ihm, wollte er zu den Hausfrauen gehen. Und siehe, jetzt lohnte sich die Sache schon eher, und bald holte er sich einen arbeitslosen Burschen, einen blaffen Jungen, der sich in seiner Nachmittagszeit auch oft an seinem Feuer gewärmt hatte. Der mußte ihm dann die bestellte Ware in die Häuser bringen.

Freilich, viele, die ihn kannten, schüttelten den Kopf über ihn. Der Narr der! Alle Stempelbrüder lachten ihn aus, wenn sie ihn im Schweiß seines Angesichts graben und hacken sahen. Sie verdienen sich ihr Geld leichter. Und mehr als sie hat er auch nicht. Aber freilich, wenn einer hoffärtig ist und nicht stempeln gehen will!

Er ließ die Leute schwätzen und grub und hackte weiter. Je näher der Herbst kam, desto fleißiger wurde er. Als die anderen Gärten leer wurden, war seiner grün,

Wieder Unruhen in Madrid.

Die Universitäten geschlossen.

Madrid, 26. März. Am Donnerstag ist es zu weiteren Studentenunruhen gekommen. In Madrid wurde ein großer Demonstrationzug von etwa 3000 Studenten und Arbeitern von der Polizei aufgelöst, ohne daß es jedoch zu ernstlichen Zwischenfällen kam. In Barcelona kam es dagegen zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten, wobei auch vereinzelt geschossen wurde. Die Regierung hat am Donnerstag sämtliche spanischen Universitäten geschlossen.

Um den Schenker-Vertrag.

von Guerard versagt dem Vertrag die Genehmigung.

Berlin, 26. März. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, hat Reichsverkehrsminister von Guerard am Donnerstag dem ihm von der Reichsbahngesellschaft vorgelegten Schenker-Vertrag die Genehmigung der Reichsregierung versagt.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 29. März 1931.

Vorm. 10 Uhr: Konfirmation, Pastor Hopmann; nachm. 1½ Uhr: Kindergottesdienst; 5 Uhr: Abendmahlsfeier, Pastor Hopmann.

Gründonnerstag, den 2. April 1931: nachm. 5 Uhr: Passionsgottesdienst, Pastor Neuhaus.

Karfreitag, den 3. April 1931: vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Dahlmann, Abendmahlsfeier; nachm. 5 Uhr: Gottesdienst mit Abendmahlsfeier, Pastor Hopmann.

Kirchennachrichten für Zlon.

Sonntag Palmorum, den 29. März 1931.

Samstag, Sarepta 19.10 Uhr: Beichte für die auswärtigen beheimateten Konfirmanden und deren Angehörige, Pastor Wilm.

Sonntag 8½ Uhr: Passionsgottesdienst, Pastor Grebe; 9 Uhr: Pastor Michaelis, anschließend Beichte und Abendmahl; 10 Uhr: Konfirmation, Pastor Wilm, anschließend Abendmahl für die auswärtigen beheimateten Konfirmanden und deren Angehörige. Passionsgottesdienste: Montag 19½ Uhr: Pastor Wilmanns. Dienstag, 19½ Uhr: Pastor Börmann. Mittwoch 19½ Uhr: Pastor Merz.

von vorn bis hinten. Feldsalat, Möhren und Grünkohl, Spinat und Möhren. Der Winter, der mußte es bringen.

Und er brachte es. Nicht allzuviel, aber doch genug. Und staunend sahen ihn die Nachbarn, als der Frühling kam, mit einigen fröhlichen Arbeitsburschen auf seinen Acker hinausziehen. Er wollte jetzt eine dreimal größere Fläche bearbeiten als im Jahr zuvor.

Heute trägt er sich mit dem Gedanken, das Feld draußen zu kaufen. Sein Geschäft blüht, er hat sich, um die Kundschaft schneller bedienen zu können, einen kleinen Kraftwagen gekauft und fährt nun „dran längs“. Auch in das Haus des Mannes, der seine Tochter auf dem Jungendamt untergebracht hat, kam er ein paarmal — er war allemal froh, wenn er wieder draußen war. Und schließlich ließ er den Kunden fahren. 10 000 Mark und doch knickertig und verkehrt wie einer, der 10 000 Sorgen hat! Wer Geldes liebt...

Sein Freund, der Buchhalter, der noch immer stellunglos ist, hat es ihm nachmachen wollen und auch den Spaten in die Erde gestochen. Aber er stieß ihn nicht tief genug hinein, er konnte sich schlecht bücken, der gute Mann. Auch stand er morgens nicht früh genug auf.

Wenn etwas gegeben wird, der soll es weitergeben. Die Stadt ist groß und die Holländer verdienen immer noch viel zu viel an der deutschen Armut. Mögen sie uns liefern, was wir nicht haben, alles Freilandgemüse aber, das muß hier in der Heimat gezogen werden können. Das ist Stefens Meinung, und wo er einen Willen findet, da zeigt er einen Weg. Er hat eben erfahren, daß es geht, und so läßt er sich nicht beirren durch das Geschimpfe neidischer Krämer und auch nicht durch die Reden kluger Wirtschaftspolitiker. Den Zusammenbruch eines großen rheinischen Gemüsebau-Unternehmens vollends — es war ein städtisches — fand er ganz selbstverständlich. Wenn von dem Segen der Erde außer den schwindenden Spatenleuten auch noch ein Herr Direktor nebst sechs Schreibern und zehn Großhändlern leben wollen! Die völlige Ausschaltung des Handels, das war das Geheimnis seines Erfolges.

Boersing.

Gründonnerstag: 17 Uhr: Sarepta: Beichte und Abendmahl, Pastor Wilmanns; 19.10 Uhr: Sarepta: Beichte und Abendmahl für die in Bethel ansässigen Neukonfirmierten und deren Angehörige, Pastor Wilm; 19.15 Uhr: Zion: Passionsgottesdienst, anschließend Beichte, Pastor Merz.
Karfreitag: Passionsgottesdienste: 8.15 Uhr: Pastor Wilmanns; 9 Uhr: Pastor Bischoff, anschließend Abendmahl; 10 Uhr: Pastor Kirchhoffer, anschließend Abendmahl; 16.15 Uhr: Sarepta: Beichte und Abendmahl, insbesondere für Alte und Gebrechliche der Gemeinde, Pastor Wilmanns; 17 Uhr: Zion: Musikalische Feierstunde.

Bethel.
— **Christlicher Verein junger Männer.** Heute Bibelstunde, 8.15 Uhr in Gosen; Jesaja 2, 1 ff. — Sonntag nachm. 4.15 Uhr **Männerchor** in Ephrata. — Die **Generalversammlung** findet am 10. April statt. Anträge bis zum 6. April einzureichen.
Mitteilung des Kirchlichen Gemeindeamtes.
Die Beichte am Sonntagabend vor Palmsonntag, am 29. März, abends 7.10 Uhr in Zion soll ausschließlich für die

auswärts beheimateten Konfirmanden und deren Angehörige sein. Die Beichte für die Abendmahlsfeier in Sarepta schließt sich an den Gottesdienst an.
Der Kindergottesdienst fällt am kommenden Sonntag aus.
— **Turnverein „Jahn“ D.** Heute, Freitag, d. 27. 3., fällt das Turnen aus.
Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik ERNST DAVID

gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den
Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20-26
Katalog und Preisliste gratis.

1886 **45** 1931
JAHRE

ERNST MÜNCH
UHRMACHERMEISTER UND OPTIKER

BRACKWEDE
HAUPTSTRASSE 81 TELEFON 2426

45 JAHRE QUALITÄTWARE

Bethel Die staatl. anerf. Haushaltungssch. Eckardtshaus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta bietet in ihrem Internat Töchtern christl. fam. Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Grönl. hauswirtsch. Durchbildg. ermöglicht den Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildg., Lebensschulg. sind Ziele der Schule. Aufn. im April u. Oktober. Prospekte d. d. Leitung d. Schule.

Jungborn Rudolf Jufts Kuranstalt
IM HARZ und Sehschule Jungborn
35 JAHRE JUNGBOHN KUREN:
Walden, Harz, Sehschule, Luftkurort, Sanatorium, Kuren, Diät, u. Fäkalienkuren.

Osterflugblatt

Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus“, ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchtagen und auf Friedhöfen. Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Das Stück kostet 2 Pfennig
Von 100 Stück ab portofrei
Von 500 Stück ab 25 % Preisnachlaß
Von 1000 Stück ab 40 % Preisnachlaß
Von 5000 Stück ab 50 % Preisnachlaß

Bestellungen erbeten an den

Blätterverlag der Anstalt Bethel
Abteilung „Herz und Haus“. Postfach Hannover 7382.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.
Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Ingenieurschule Technikum Bauschule
Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Landbau, Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik, Werkmeisterschule
Lehrpläne frei

Frühjahrs-Anzüge

tragfäh. Qualitäten in 1- und 2reih. Formen und neuesten Modifarben, von **25.-** an

Sport-Anzüge

flotte Musterungen u. Modarten, die höheren Preislagen mit 2 Hosen . . . von **25.-** an

Frühjahrs-Mäntel

in neuen mod. Farben und Formen wie: Raglan, Slipon und Ulster . . . von **25.-** an

Regen-Mäntel

in jeder Farblösung aus erprobten Stoffen, in 1- und 2reihigen Formen . . . von **9.50** an

Für die Konfirmation



sie ist ein Andenken von bleibendem Wert

H. Breder, Bielefeld
Uhrmachermeister

Fernruf 1012 Gütersloherstr. 14

Christl. Persönlichkeit, 50 Jahre, in Küche, Wäsche und Wirtschaft firm, beste Zeugnis und Empf., sucht selbständigen

Posten

in freil. Haus oder H. Heimbetrieb Sachsen/Thüringens. Angebote unt. A 1847 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Kleine christliche Privat-Pension
Otto Roth

Luftkurort Auerbach a. d. B. Villa, Garten. Sonnige Lage. Liegehalle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause. Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—

Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.

Mein edler

Tilsiter Vollkornkase
mit 48/52%, Fett i. T. kostet ab heute nur RM 1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis unt. Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stotzka
Dampfmolkerei Jedwilleiten, Post Motzweihen. Tilsiter Niederung.



Palmsonntag

bleibt unser Haus von 12-5. Uhr durchgehend geöffnet, damit Sie sich noch rechtzeitig die richtige Kleidung für das Osterfest bei uns aussuchen können. Sehen Sie sich unsere Frühjahrs-Modelle an: Sie werden Ihnen ebensoviel Freude machen wie unsere bekannt guten Qualitäten und unsere sehr niedrigen Preise.

Bettlage
BIELEFELD

Für einige Wochen freien, liebevollen Aufenthalt am schönen Teutoburger Wald bei bester Verpflegung bei einem
Darlehen
von 1000 Mk. Hohe Zinsen und Sicherheit. Angeb. unt. A 1837 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Chausseur
gelernter Schlosser, Führerschein I, II und III b sucht Stellung. Angebote unter A 1858 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Gutgehendes
Pensionshaus
mit besten Einrichtungen zu verkaufen. Kaufstufte unt. A 1860 mit Angabe der evtl. Anzahlung an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Pastor Felkes Blutkraft
ärztl. empfohlen

stärkt Blutarme, Schwache und Nervöse bekanntlich überraschend schnell und nachhaltig. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preiszuschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3.50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin:
Firma Hermine Schmitt, Duisburg
Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Empfehle zu den Festtagen:

1. o. 2. Butter zu 1.60 Mk. je 1.75
echt holl. Butter 20% 0.75
o. 2. Butter 45% 1.00
1. o. 2. Butter 50% 0.50
(in 9 Pfd. Postkollis evtl. gem.)

Otto Doerken
Möbelenwaerf (Christiansland)

Briefmarken

Auswahlen, sehr preiswert, unverbindlich.
Neumanna, Hauptm. a. D.
Bad Salzungen.

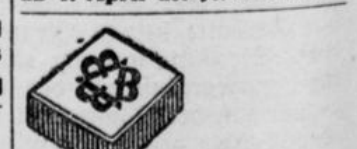
Bellavita!
Das moderne Trikot-Corset für Damen 4.50, für Kinder 2.85

Reform Corsetten
Hüfthalter
Büstenhalter
Strumpfhaltgürtel
Hemdhoosen
Unterjücken
Corsettschoner
Kinderleibchen
Handschuhe

Alles in großer Auswahl, zu äußerst billigen Preisen, bietet an:
Carl Oelmann, Bielefeld
Gütersloherstraße am Nebelsior

Pianos

Harmoniums
erstklassige und solide Fabrikate.
Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung.
Bielefelder Piano- u. Harmonium-Hdlg.
Otto Stierstadt
Bielefeld, Arndtstraße 11.
Gegr. 1905. Tel. 8787
ab 1. April ds. Js. Ellerstr. 17.



KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & RUSCH
HARZ- u. TEUTOBURGER-STRASSE 1300

Nachdem Reichsschulgesetz bald wieder Änderungen vor der Hoffung kommen können. So hat Deutscher auf seiner Reise, die folgendes sich auf neuere Grundsätze und 1. Staatsrecht Schulgen des Eltern gerechten 2. Die freie Staatsaufgefinnung (Schulgen) Berücksichtigung mit dem maßgebenden die Schul 3. Für die Christen Staatsbürger Recht auf die Schule kreuzigte Erlöser d. Rahmen nationaler 4. Eine einb. entfprech Ohne die man einen sprechenden öffentlichen. In ähnl. Elternbund erhoben. bandes bünde im gende Ent „Die starke wismus auf verfolgungen erster Linie Gemeinshaft darum trägt Verantwort milie und d. unserm B. Grundansch jen. Sie n. der Weltan im Gegenf Schulen w eine bedent Elternschaft neue mit g mäßig gebt und bis d. R. B. — A einzuführen einem ma Lösung: „Abwehrend stischen Flu Elternherz christliche Auch h deutg ein Desgleiche lich un p schulgesetz das Recht Evangelis fessionell allgemeine unterricht bekommen dann, we Grundlaga lichen Sch dem Schu einziehen Vergebung treiben. Darin so aufrech

Beilage des Aufwärtz

Nr. 73.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 28. März 1931.

13. Jahrgang.

Säkularisierung und Klerikalisierung der Schule.

(Werturteilung)

Von Dr. Ernst Schmidt.

Nachdem der Kampf um das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes einige Zeit geschwiegen hat, scheint er bald wieder anzufangen. Jedenfalls haben gewisse Richtungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nach wie vor der Hoffnung sind, daß ein Reichsschulgesetz zustande kommen könnte, wenn man nur guten Willens sein würde.

So hat noch vor kurzem der „Reichsverband Deutscher Evangelischer Schulgemeinden“ auf seiner Bochumer Vertreterversammlung eine Entschließung, ein Reichsschulgesetz betreffend, angenommen, die folgendes besagt: „Die Vertreterversammlung bekennt sich aufs neue zu den vom Verbands unermüdlich vertretenen Grundforderungen einer gerechten Schulverfassung... und fordert:

1. Staatsrechtliche Gleichstellung aller verfassungsmäßigen Schularten auf Grund der Gewissensfreiheit und des Elternrechts als einzig möglichem Weg zu einem gerechten Schulfrieden;
2. Die freie Schule neben der freien Kirche im freien Staate auf dem Fundament der freien pädagogisch-gesinnungsethischen (sachlichen) Schulgemeinden (Schulgemeinschaften) für jede Schule unter gerechter Berücksichtigung aller rechtmäßigen Schulinteressen, mit dem Recht der dienenden Schulpflege und eines maßgebenden Einflusses auf die Lehrerbildung durch die Schulpflegschaft (Schulrat);
3. Für die auf dem Boden des biblisch-reformatorischen Christentums stehenden Eltern als vollberechtigten Staatsbürgern auf Grund der Reichsverfassung das Recht auf die öffentliche evangelische Bekenntnisschule, die Schule mit der Bibel, in der Jesus Christus, der gekreuzigte und leibhaftig auferstandene gottmenschliche Erlöser durch Wort und Geist Herr und Meister ist, im Rahmen des einheitlichen, weltanschaulich gegliederten nationalen Schulorganismus;
4. Eine einheitliche, dem Wesen der betreffenden Schulart entsprechende Schulaufsicht und Lehrerbildung.

Ohne die Frage der Zeitgemäßheit zu erörtern, will man einen den eben mitgeteilten Forderungen entsprechenden Reichsschulgesetzentwurf ausarbeiten und veröffentlichen.

In ähnlicher Weise haben der Evangelische Reichs-Elternbund und verwandte Erziehungsbünde ihre Stimme erhoben. Auf der 8. Gesamttagung des Reichsverbandes evangelischer Eltern- und Volksbünde im April vorigen Jahres in Bielefeld wurde folgende Entschließung angenommen und veröffentlicht: „Die starke Zunahme der Angriffe des Kulturbolschewismus auf alle christliche Kultur bis hin zu den Christenverfolgungen in Russland sind ein Warnungssignal und ernster Mahnruf für unser deutsches Volk. Das geht in erster Linie die Familie an. Gegen sie als die Urzelle der Gemeinschaft richtet sich die ganze Wucht der Verfolgung, darum trägt die ganze Volksgemeinschaft heute doppelte Verantwortung für den Fortbestand der christlichen Familie und damit der christlichen Kultur und Gesittung in unserem Volke. — Die langsame Zermürbung christlicher Grundanschauungen hat auch auf die Schule übergegriffen. Sie wird immer mehr zum Schauplatz des Ringens der Weltanschauungen um die Seele unserer Jugend. Die im Gegensatz zum geltenden Recht gebildeten weltlichen Schulen werden durch die zunehmende Radikalisierung eine bedenkliche Gefahr. Darum fordert die evangelische Elternschaft zum Schutze der evangelischen Schule auf neue mit ganzem Ernst die seit elf Jahren verfassungsmäßig gebotene reichsrechtliche Regelung der Schulfrage und bis dahin unbedingte Beachtung des Artikels 174 A.B. — Alle christlichen Eltern aber fordert sie auf, dafür einzustehen, daß die bevorstehende Elternratswahl zu einem machtvollen Bekenntnis der Elternschaft für die Forderung: „Christlich-unpolitisch“ werde, und dadurch ein Abwehrdamm gegen die religionsfeindlichen bolschewistischen Fluten und eine starke Schutzmauer aus lebendigen Elternherzen sich um die evangelische Schule und die christliche Jugendzukunft bilde.“

Auch hier wird also wie bisher wiederum unzweideutig ein so sehr fehlendes Reichsschulgesetz gefordert. Desgleichen sind Volkskirchenbünde und christlich unpolitische Elternbünde für ein Reichsschulgesetz eingetreten, damit jeder Vater und jede Mutter das Recht auf die Schule habe, die ihnen gebührt; also die Evangelischen die evangelische Bekenntnisschule, die konfessionell Gleichgültigen die echte Simultanschule (mit allgemeinem, nicht konfessionell getrenntem Religionsunterricht), die areligiös Gerichteten ihre weltliche Schule bekommen, und so einem jeden seine Schule wird. Erst dann, wenn ein Reichsschulgesetz die unbedingt nötige Grundlage zur Errichtung von Sammelklassen und weltlichen Schulen gibt, wird es Klarheit und Wahrheit auf dem Schulgebiete geben und damit Ordnung und Ruhe einziehen können, wo bisher nur Verger, Aufregung und Verheerung Platz gegriffen haben und ihr gefährlich Werk treiben.

Darin ist unsere evangelische Grundeinstellung eben so aufrichtig und eindeutig, daß sie Freiheit läßt, keinem

eine ihm nicht entsprechende Schule aufhalsen will, jeden nach Elternrecht und Gewissensfreiheit seine Schule für seine Kinder erlangen läßt; aber freilich auch für sich das unbedingte Recht in Anspruch nimmt, für sich und seine Weltanschauung seine Kinder in seine Bekenntnisschule schicken zu können. Diese unsere Forderung ist so klar und annehmbar, daß man sie „das Ei des Columbus“ in der Schulverfassungsfrage nennen könnte. Wie man an den verantwortlichen Stellen noch zögern kann, diese unsere Einstellung zur Grundlage eines Reichsschulgesetzes zu machen, wie es in Ansätzen (Reubellers Entwurf u. a.) schon geschehen ist, ist uns mit bestem Willen nicht ganz klar.

Biel einseitiger und dennoch im Prinzip katholischer Kirchen- und Glaubenslehre wohl verständlich, wenn auch von uns Evangelischen nicht ohne weiteres zu verstehen, ist die Schulpolitik, wie sie in päpstlichen Enzykliken und in den Schulprogrammen der katholischen Schulorganisation zum Ausdruck gebracht wurde. Kein Zweifel, daß auch wir daraus mancherlei entnehmen können.

Der derzeitige Papst Pius XI. hat in seiner Enzyklika *Rappresentanti in terra...* vom 31. 12. 29 eine umfassende Stellungnahme zu Erziehungs- und Schulfragen vom Standpunkte der katholischen Kirche aus an seine Gläubigen in allen Ländern von sich gegeben, die zu wissen und in ihren grundlegenden Bestimmungen zu kennen auch uns nützlich sein kann. Die Enzyklika besagt in den für uns in Betracht kommenden Abschnitten folgendes:

I. Wesen der Erziehung.

Erziehung besteht ihrem Wesen nach in der Bildung des Menschen, wie er seine Lebensführung gestalten soll, und das erhabene Ziel erreicht, für das er geschaffen ist. Es gibt keine angemessene und vollkommene Erziehung außer der christlichen. Sie zielt am wirksamsten dahin, den Seelen der zu Erziehenden das höchste Gut, nämlich Gott, und der menschlichen Gesellschaft das Höchste, nämlich Wohlergehen zu sichern, das auf Erden möglich ist.

II. Die Erziehungsberechtigten.

1. Die Familie ist unmittelbar von Gott geschaffen zum Zweck der Erzeugung und Erziehung der Nachkommenschaft. Sie hat daher „den natürlichen und damit auch rechtlichen Vorrang vor dem Staat“.
2. Ueber dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls hat der Staat den Vorrang vor der Familie; sein Ziel ist Gemeinwohl, das die Familie nur im Staate erreichen kann.
3. Die dritte Gesellschaft, in die der Mensch durch die Taufe für das göttliche Gnadenleben geboren wird, ist die Kirche. „Sie ist eine Gesellschaft übernatürlicher und allumfassender Ordnung, eine vollkommene Gesellschaft, da sie bei sich alle Mittel enthält zur Erreichung ihres Zieles, das da ist das ewige Heil des Menschen.“ Sie ist darum die höchste Ordnung. Die Kirche ist darum führend im Zusammenwirken der drei Gesellschaften bei der Erziehung.

1. Die Kirche: Die überragende Vorzugsstellung der Kirche gründet sich 1. auf ihr unfehlbares, von Christus verliehenes Lehramt, 2. auf ihre übernatürliche Mutter-schaft. Kraft göttlichen Privilegs ist die Kirche unabhängig von jeder irdischen Macht, auch hinsichtlich der notwendigen und angemessenen Mittel zur Erreichung ihrer Erziehungsmission. Hinsichtlich der profanen Erziehung und Schulung hat die Kirche das Recht, davon Gebrauch zu machen und besonders darüber zu urteilen, inwieweit sie der christlichen Erziehung nützlich oder schädlich sind. Jede Lehrtätigkeit kann sich wie alles menschliche Tun, den Normen göttlichen Gesetzes nicht entziehen, dessen Hüterin und Auslegerin und unfehlbare Lehrerin die Kirche ist. So ist es auch ein uneräußerliches Recht und eine unerläßliche Pflicht der Kirche, über der Gesamterziehung der ihr anvertrauten Kinder zu wachen, nicht allein in ihrem, sondern auch im Schulunterricht. Diese Wachsamkeit der Kirche ist im Interesse des Staates, der Familie, und aller Geisteskultur. Diese erzieherische Sendung erstreckt sich gemäß Christi Auftrag: „Lehret alle Völker!“ — auf alle Menschen ohne Ausnahme, auf Gläubige und Nichtgläubige, da alle zum Reich Gottes und ewigem Heil berufen sind. Es ist also für jedes vorurteilsfreie Denken kein vernünftiger Grund ersichtlich, der Kirche entgegenzutreten oder sie an ihrem Erziehungswerk zu hindern.

2. Die Familie: Da in der Familie nach Gottes Anordnung der Ursprung des Lebens liegt, so ruht in ihr zugleich das Prinzip der Erziehung zum Leben und das Prinzip der Autorität zu dieser Erziehung. Mit der Erziehungspflicht hat die Familie ein Recht, das jedem Recht der Volksgemeinschaft und des Staates vorangeht und darum ein unverletzbares Recht gegenüber jeder irdischen Macht ist, insbesondere auch gegenüber dem Staate, denn der Mensch muß erst existieren, ehe er Bürger sein kann. Elternrecht ist aber nicht absolut gegenüber dem der Kirche.

3. Der Staat: Zweck des Staates ist Frieden sichern und materielles Wohl seiner Bürger fördern. Wenn Eltern nicht ihrer Erziehungspflicht genügen, kann er eintreten. Aber jedes staatliche Schulmonopol ist ungerichtet und unerlaubt, wenn es die Familie zwingt, ihre Kinder entgegen den Pflichten des christlichen Gewissens in die Staatschule zu schicken. Der Staat sorgt für not-

wendige Kenntnis staatsbürgerlicher und nationaler Pflichten, errichtet und leitet Fachschulen, unterstützt die Kirche in der Heiligung des Sonntags, überwacht Uebertreibung des Sportbetriebes wie des Nationalismus usw. —

III. Gegenstand der Erziehung.

Gegenstand der christlichen Erziehung ist der ganze Mensch nach Körper und Geist. Aber der „gefallene“ Mensch ist schwach in seinen Trieben, die ohne Sakramente der Kirche nicht zu beherrschen sind. Falsch ist daher jeder pädagogische Naturalismus, irrig jede Erziehung, die die Erbsünde leugnet, unbegrenzte Freiheit dem Kinde gibt und gleichzeitig Autorität und Wirken des Kindes einengen und unterdrücken will. Wenn Neuerer die christliche Erziehung als „heteronom, passiv, überwunden“ bekämpfen, so werden sie das Kind nicht befreien, sondern zum Sklaven seiner ungeordneten und verblendeten Leidenschaften machen. Höchst gefährlich ist besonders jene naturalistische Richtung der sexuellen Erziehung. Nicht Nichtwissen, sondern Willensschwäche verleiten zur Uebertretung, wo die Gnadenmittel der Kirche nicht in Anspruch genommen werden. Ebenso abwegig und für die christliche Erziehung gefährlich ist die Koedukation, die die natürliche Verschiedenheit in den Organismen, Regungen und Anlagen der Geschlechter außer acht läßt.

IV. Ziel und Form der christlichen Erziehung.

Ziel christlicher Erziehung ist der wahre und vollkommene Mensch Gottes. Der wahre Christ ist — modern ausgedrückt — der wahre und vollendete Gottesmensch. Es ist ein schwerer Irrtum, wenn Weltmenschen meinen, dieses Ziel sei eine wirklichkeitsfremde Idee. Der wahre Christ wirkt im Diesseits mit allen Kräften. Höchstes Erzieherideal bleibt aber Christus. Die Kirche als mystischer Leib Christi, ist die fruchtbare Mutter und unabhängige und vollendete Erzieherin.

Soweit die in den Hauptgedanken hier mitgeteilte päpstliche Enzyklika. Kein Zweifel, daß diese katholische Schulauffassung als Ausfluß der Lebens- und Weltanschauung des Katholiken mit ihrem Erziehungs- und Bildungsideal vom evangelischen Standpunkte aus nicht so leicht verstanden werden kann. Sie soweit wie möglich zu verstehen suchen, sollte angesichts der Schulerfassungskämpfe, die sicherlich noch, vielleicht bald schon, kommen werden, unsere Aufgabe sein. Zielbewußt wird dann die katholische Aktion für die Durchführung dessen, was die mitgeteilte Enzyklika sagt, eintreten unter Betonung des Anspruchs der Kirche auf göttliche Sendung und Missionsaufgabe, die in ihrem Sinne durchzuführen sich die katholische Kirche für alleinberechtigt hält. Die Kirche steht da fest und unerschütterlich. Als Beispiel möge die Konkordatsangelegenheit dienen. Als im Winter 1924/25 das bayrische Konkordat zur Beratung stand, das den päpstlichen Schulforderungen weitgehend Rechnung trägt, hat der bayrische Lehrerverein vergeblich dagegen seine Stimme erhoben, indem er hervorhob, daß hier nichts anderes in Frage stünde, als durch päpstliche Schulpolitik das gesamte Schulleben wieder von neuem kirchlicher Aufsicht und Kontrolle zu unterstellen. Interessant ist noch die Einstellung der Kirche zum Staat. Er darf die Mittel beschaffen, ohne in den wichtigsten Erziehungs- und Unterrichtsfragen mitsprechen zu dürfen. Es ist daselbe wie im Mittelalter, wo die Kirche auch vom Staate in erster Linie Hilfe und Bereithaltung des „weltlichen Arms“ forderte, ihn aber sonst in seinen Ansprüchen auf umstrittenen Gebieten ganz entschieden ablehnte.

Mittlerweile hat im Oktober dieses Jahres in Wiesbaden der „Kongreß des deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht“ getagt, auf dessen vorbereitender Beratung u. a. Professor Dr. Schröter, S. J., einen Vortrag neben Ministerialrat Dr. Köfler über „Die Stellung von Staat, Reich und Gemeinde zur Pflichtschule“ hielt. Während Köfler mehr von abstrakt erörterten Ausführungen über Werturteile und Werturteile zwecks Stellungnahme zum Schultyp und zur Schulverfassung ausging, entwickelte Schröter ganz im Sinne der oben mitgeteilten katholischen Aktion das katholische Schulideal gegenüber Staat, Gemeinde und Lehrerverorganisationen. Professor Fischer macht gegenüber der beabsichtigten Klerikalisierung der Schule geltend, daß bisher im Wettbewerb der Religionen keine einzige es vermocht hätte, das ganze Menschengeschlecht in allen Zonen und Zungen zu umspannen. Fischer verlangt, daß die religiösen Organisationen auch anderen weltanschaulichen und geisteswissenschaftlichen Organisationen gegenüber Freiheit gewährt. Er wünscht, daß Volkstum und Staat ein gewichtiges Wort bei der Organisation und Verfassung der Schule mitsprechen. Dem Naturrecht der Familie gehe das Gemeinschafts- und Staatsrecht vor, denn das Gemeinsame gehe vor dem Besonderen. Als Träger und Vollstrecker der Idee der Gerechtigkeit hat der Staat die konkurrierenden Ansprüche der religiösen und sonstigen Gemeinschaften auszugleichen; er darf in dieser Funktion keinen Herrn neben sich dulden, kann mit keinem seine Hoheit teilen. Die noch geringe Staats- und Volksfrömmigkeit erscheint Fischer wichtiger als die Kirchenfrömmigkeit. Nicht als Feind oder Verächter der Religion und Kirche, nicht als weltanschaulicher Indifferentist stehe

er den schweren Fragen gegenüber; er habe religiöse Erziehung und Weltanschauungspflege für unerlässlich, aber nur im Rahmen der Staatsschule. ... Soweit Alloys Fischer.

Die Fischerische „Staats- und Volksfrömmigkeit“ soll im „Inbegriff aller Erziehungsmöglichkeit, in der Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder ohne Rücksicht auf Bekenntnis und Willen der Eltern vom Staate aus erzogen und unterrichtet werden, gefördert und gestärkt werden, damit ein dem Gesamtvolke gemeinsamer Bestand an Anschauungen metaphysischer und ethischer Art als Grundlage für eine „kommende Staatsreligion“ geschaffen werde. Kein Zweifel, daß diese Staatsreligion und Staatsfrömmigkeit dann auch natürlich zu Maßstäben für Einrichtung und Wirksamkeit des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens gemacht werden. Damit wäre die Entchristlichung des gesamten Staatserziehungswesens in die Wege geleitet. Innerhalb des weiten Rahmens der Staatsschule ist natürlich die Möglichkeit einer „Schuleinrichtung im Sinne besonderer metaphysischer Anschauungen“ gegeben. Was soll das aber heißen? Metaphysik ist so weiträumig und dehnbar. Sie hat mit christlicher Glaubens- und Weltanschauung nicht ohne weiteres zu tun. In schlagwortartig wirkenden Worten wird die künftige Lage auf dem Schulverfassungsgebiete gekennzeichnet, wenn es in einer kürzlich erschienenen Broschüre heißt: „Im durchseelten Staate (?) soll die Schule die Durchstaatlung der Seele schaffen!“ „Durchstaatlung der Seele!“ Ja, ja, darunter kann man sich allerlei Schönes denken! Nun wird's ja an nichts mehr fehlen. Welche Befestigung mag für die immer und unentwegt idealistisch Eingestellten in solcher von ihnen heraufbeschworenen „Durchseelung“ liegen! In einem solchen Schulwesen, wo der Staat alles ist, wo er an erster Stelle steht, und nichts über ihn als Schul- und Erziehungsinteresse geht, mag man tatsächlich von „Säkularisierung der Schule“ sprechen. Wohin diese Säkularisierung der Schule noch führen mag, ist gar nicht auszuwenden. Wir sagen: So unerträglich eine Kirchenschule für uns in Deutschland ist, so unerträglich ist eine solche Staatsschule mit ihrer Staatsreligion und Staatsethik. Wird es zu solcher Säkularisierung der Schule kommen? Noch steht einem Fischer ein Schröter gegenüber. Die katholische Kirche wird sicherlich ihre Schule, die katholische Schule, behalten, trotz allem. Sie hat in ihrem Konkordat im wesentlichen schon das, was sie haben wollte und mußte, um als Kirche ihre Schule zu haben und zu behalten.

Sei's mag der Kampf um die Schule nur zwischen evangelischer Kirche und dem Staate werden. Hier ist bisher kein Konkordat und kein rechtliches Mittel gegenüber Eingriffen und Anordnungen des Staates (weltliche Schulen), die nicht einmal in der Reichsverfassung eine gesetzliche Grundlage haben. Aber es geht hier ja auch nur um den evangelischen Volksteil. Von ihm scheint man anzunehmen, daß er sich solche Behandlung gefallen läßt, ohne mit der Wimper zu zucken. Zwischen die Konfessionsalisierung und Säkularisierung schiebt sich nun (vom Schulmann F. W. Dörpfeld großzügig und überzeugend dargelegt) der von Gottes und Natur wegen als Hauptinteresse vor Kirche und Staat an der Erziehung und Bildung seiner Kinder in Betracht kommende Erziehungs- und Bildungsträger: die Familie, im weiteren Sinne: die Glaubens- und gewissenhafte Schulgemeinde. Sie will beiden geben, was ihnen gebührt, sowohl der Kirche als auch dem Staate. Natürlich: weil die Eltern die Kirche und den Staat ausmachen, wäre die Schulfrage geregelt, sobald kirchlich und staatsbürgerlich lebendige Eltern vorhanden wären. Das heißt in unserem Sinne, sobald bewußt evangelische und deutsche Eltern und Familien vorhanden sind. Weil aber hier Trägheit und Gleichgültigkeit und Zerplitterungsneigung so groß, so erschreckend groß sind, und in unserer Zeit immer größer zu werden drohen, steht die Sache unserer Schule und der Jugendbildung im steten Feuer heißen Kampfes; bleibt sie nach wie vor ein Zankapfel der sich um sie als eines Machtinstrumentes reißenden Parteien, die einmal mehr kirchlich, das andere Mal mehr staatlich eingestellt sind. Weil aber nun Staats-, Kirchen- und Schulgemeinde dieselben Menschen zu Trägern haben, so sollte unter Beachtung und Wahrung der gegebenen Grundverhältnisse in der Auffassung und Einstellung der Eltern als Hauptinteressenten eine gemeinsame Basis für ein Reichsschulgesetz gefunden werden müssen, das als Kompromißprodukt — alle Weiterentwicklung geht auf Grund von Kompromissen vor sich — nicht jedem das Gleiche, aber doch bereitwilligst jedem das Seine gäbe.

Friedrich von Bodelschwingh-Schule.

Ansprache des Leiters der Aufbauschule zur Entlassung der Abiturienten. 23. März 1931.*

Lieben Freunde! Wir wollen in dieser Abschiedsstunde nicht so sehr Gewicht darauf legen, daß an unserer Aufbauschule die erste Reifeprüfung stattgefunden hat, als vielmehr darauf, daß zwölf junge Leute aus unserem Kreise scheiden, die einen Teil der entscheidendsten Jahre ihres Lebens in unserer Schulgemeinschaft verbracht haben. Da wir den Lebenskreis unserer Schule als eine Zelle des größeren Körpers unserer Bethelgemeinde ansehen, haben wir geglaubt, die Gemeinde an dieser Stunde teilnehmen lassen zu sollen, und es ist uns eine besondere Freude, daß unserer Einladung trotz der ungewohnten Stunde Folge geleistet worden ist.

Reifeprüfung — wir wissen, daß das Wort ebenso bedeutungsvoll wie die Sache, die es bezeichnet. Obwohl die

* Es waren die ersten Abiturienten, die von der neuen Schule aus nun ihren weiteren Weg ins Leben antreten. Die von dem Direktor bei der Entlassung gehaltenen Ansprache wird auch für die Leser Interesse haben, zumal da sie manchen Punkt berührt, der die Öffentlichkeit auch in weiterem Sinne angeht.

neue Art der Prüfung methodisch darauf angelegt ist, zu zeigen, was an der Schule geleistet wird und was der Prüfling kann, nicht so sehr darauf, festzustellen, was er nicht kann: Prüfung bleibt Prüfung und ist auch beim besten Ausfall mit all den Unzulänglichkeiten behaftet, die jeder kennt, der jemals eine Prüfung erlitten hat. Und das ist unter uns Deutschen ja jeder zweite Mensch, stellen wir nach einem doppelsinnigen Worte doch das meistgeprüfte Volk der Erde dar! — Wir leben in einer Zeit, wo es zum guten Ton gehört, an den Anzeichen, den Äußerungen einer Krankheit herumzukurieren, statt das Uebel an der Wurzel zu fassen. So nimmt es nicht wunder, daß vor ein paar Tagen dem Kampf gegen den „Berechtigungsstempel“, wie man sich so geschmackvoll ausdrückt, „von höchster Stelle“ Unterstützung zuteil geworden ist. Als wenn wir in Deutschland aus reinem Spätkriegsgewinn die „Berechtigungen“ und die mit ihnen verbundenen Prüfungen erfunden hätten und als wenn nicht für diese Dinge das alte schlichte und doch so harte Gesetz von Angebot und Nachfrage Gültigkeit hätte! Wahrlich, die Leute, die jetzt plötzlich entdecken, daß auch ein ungeprüfter Mensch das Herz auf dem rechten Fleck haben kann, und mehr gefunden Menschenverstand als ein zehnmal geprüfter, täten gut daran, Tag und Nacht darüber zu sinnieren, auf welche Weise dem deutschen Volke und vor allem deutscher Jugend, die nach sinnvoller Tätigkeit hungert, neuer Lebensraum verschafft werden kann! Solange wir so dicht gedrängt auf engem Raume zusammenstehen, muß der Staat durch Prüfungen eine geregelte Auslese vornehmen. Verzichtet er darauf und überläßt dem einzelnen selbst die Durchsetzung seines Schwillens, so wird bedenklicher Vetterwirtschaft und ungerechter Brutalität Tür und Tor geöffnet. Wir sind weit entfernt davon, zu glauben, auf dem Wege der Prüfung einem lebendigen Menschen gerecht werden zu können, weit entfernt davon, jede Blüte des ja tatsächlich vorhandenen Berechtigungsstempels — Wilschändler sucht Lehrling mit Abiturientenexamen u. dgl. — gutzuheißen, aber noch weiter entfernt davon, die unbedingte Notwendigkeit eines geordneten Prüfungswesens für unsere deutschen Verhältnisse zu verkennen! Und verweist uns jemand auf Amerika — nach der bekannten Melodie:

Amerika, du hast es besser
als unser Kontinent der alte —

so bleibt zu fragen, wie lange dort drüben noch das Ideal des Selbstmademan aus den glücklichen Pionierzeiten der Kolonisation aufrechterhalten werden kann, ob nicht auch dort zunehmende Bevölkerungsvermehrung, Raumenge, Arbeitslosigkeit und Verunsicherung zur Aufnahme europäischer Prüfungsmethoden in wachsendem Maße zwingen werden. Und wer des deutschen Schulzwanges, des hohen Standes deutscher Schulung auf Volks-, mittleren und höheren Schulen aller Art müde zu werden beginnt, der sollte sich fragen, ob die nach unseren Begriffen haarsträubende Dummheit des Amerikaners auf allen Gebieten außerhalb seines eigentlichen Faches den erstrebenswerteren Zustand darstellt. Wir würden noch ganz andere Dinge erleben hinsichtlich der wirklich schon weit genug verbreiteten Verblödung durch Schlagwort und Schläger, Reklame und Agitation, wenn unsere Schulen aufhören würden, den jungen deutschen Menschen zu Kritik und Sachlichkeit zu erziehen.

Man muß das alles sagen, wenn man heute — einerlei, ob als Prüfling oder Prüfender — einer glücklich überstandenen Prüfung froh werden möchte. Und wirklich, es wäre undankbar, wenn wir des nun Vergangenen nicht froh sein wollten! Wenn wir an die Schulzeit unserer scheidenden Oberprimaner denken, dann schauen wir zurück auf die sechs ersten Jahre unserer Schulgeschichte. Als nach mancherlei Hin und Her das Kuratorium der alten Bethelschule am 3. März 1925 den entscheidenden Entschluß faßte, von Ostern ab die Bethelschule als reine Mädchenschule weiterzuführen und für Knaben die erste — zunächst private — Aufbauschule einzurichten, waren die Würfel gefallen. Und seitdem ist die Entwicklung, der heute vollendete Aufbau dieser Schule — das darf ich heute einmal aussprechen — eine reine Freude gewesen. Nächste der glücklichen Arbeitsgemeinschaft innerhalb eines allmählich wachsenden, gesinnungseinen Lehrerkreises ist es vor allem die menschliche Bindung an unsere ersten Schüler gewesen, die mir über die gelegentlichen Wachstumsknoten hinweggeholfen hat. Wir begannen im Schuljahr 1925 unsere Untertertia mit 21 Schülern. Von diesen gingen auf normalem Wege drei mit der Reife für Obersekunda zu Ostern 1928 von der Schule ab. Von den restlichen 18 sind nicht weniger als 10 unter den ersten Reifeprüflingen. Das ist ein Ergebnis, dessen man sich freuen darf! Von den beiden anderen trat der eine als Untersekundaner von der Mittelschule in Gütersloh, der andere als Obersekundaner von der Aufbauschule in Petershagen bei uns ein; beide haben sich schnell in unsere Verhältnisse hineingefunden. Und so haben nun diese 12 jungen Leute Jahre des Werdens und Wachsens miterlebt; ihre Schulzeit wird ihnen dadurch um manches reicher erscheinen, als es sonst der Fall sein würde, und besonders wird das gelten für die fünf unter ihnen, die Heimschüler waren und von denen 4 zu denen gehörten, die zu Ostern 1926 das erste Heim am Friedhofsweg zu beziehen begannen.

Es ist, soweit ich sehe, alles in allem, wenn auch nicht immer eine feelfiche Gemeinschaft, so doch eine tapfere Kameradschaft die sechs Jahre hindurch gewesen. Es sind unter unseren zwölfen, die fast alle Arbeiter- und Landwirtschne sind, nicht weniger als acht vaterlos, und fast alle sind starke und sehr verschiedene Individualitäten. Wir haben es nicht als unsere Aufgabe angesehen, einen Normaltyp von Schüler heranzuziehen, und so hat der eine im Bibelkreis, der andere in der Freischar, der eine im Turnverein, der andere im Volkstanz- oder Singkreis eine wesentliche Ergänzung seines Schul- und Heimlebens

gefunden. Und wir haben uns der Anregungen, die durch Leben und Lehre erfuhren, von Herzen gestreut. Das gemeinsame Tun in der Klasse oder im ganzen Schulverband hat unter dieser Vielfältigkeit nicht gelitten. — Es mag etwas anderes gewesen sein, was das äußere und innere Leben der Klasse im Laufe der Jahre allmählich etwas verschoben hat. Ich kann nur andeutend darüber sprechen. Sechs Jahre Schulgeschichte sind auch sechs Jahre Zeitgeschichte. Und sechs Jahre Zeitgeschichte laufen nicht — wenigstens heute nicht mehr — einfach an den Mauern einer Schule vorüber. Sechs Jahre Geschichte unserer Zeit drücken dem Unterricht eines Geschichtslehrers schließlich sichtbare Spuren auf. Ich erwähne, daß in diesen sechs Jahren das Radio seinen Siegeszug um die Welt tat, daß in diesen Jahren die Welterfolge deutscher Flieger stattfanden. Ich erwähne, daß es in den ersten Jahren unserer Schulgeschichte noch eine blanke Selbstverständlichkeit war, daß wir nach einer Wanderung in geschlossenem Zug vom Bahnhof Brackwede oder Bielefeld nach Bethel zurückzogen. Und ich stelle fest, daß wir das heute nicht mehr zu tun wagen, einmal wegen der starken Zunahme des Autoverkehrs und dann, weil wir damit rechnen müßten, mit einem politischen Demonstrationszug verwechselt zu werden. Ich erwähne weiter, daß wir in den Jahren, da Hindenburg die Reichspräsidentenschaft und Stresemann die Aufgabe der außenpolitischen Führung übernahm, neue Hoffnung auf die Zukunft unseres Volkes und Staates schöpften. Und ich stelle fest, daß die Erwartungen, die man auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vielleicht setzen durfte, mehr und mehr zusammenbrechen. Das geht am Geschichtsunterricht nicht spurlos vorüber. Der ungeheuer angewachsenen Arbeitslosigkeit weiter Volkskreise entspricht die Verunsicherung unserer Volkjugend. Und das lastet auf dem Freunde der Jugend, vielleicht mehr als alles andere. Unter unseren zwölfen will je einer Pfarrer, Arzt und Zahnarzt werden, zwei denken an den Ingenieurberuf, und sieben haben sich zur Aufnahme an der Pädagogischen Akademie gemeldet. Es ist bisher nur dreien gelungen, die Aufnahme zu erlangen. Es soll ein Ehrentitel unserer Schule sein, daß mit dem Tage des Abgangs von der Schule das beiderseitige Interesse nicht verlischt. Wir werden tun, was in unseren Kräften steht, den jungen Leuten zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen, und ich darf es hier aussprechen, daß wir in diesem Bestreben bei dem Leiter unserer Anstalten volles Verständnis und tatkräftige Hilfe finden.

Es sind in unserem Schulleben im letzten Jahre die Redemorte von Optimisten und Pessimisten aufgekomen. Es werden dem, was heute auf allen einsichtigen und verantwortungsbewußten Gliedern unserer Volksgemeinschaft lastet, in keiner Weise gerecht. Ich möchte hier nur soviel sagen, daß es für einen evangelischen Christen keinen oberflächlichen Optimismus geben kann, wohl aber ein dankbares Hinnehmen aller guten Gaben, als da sind: Gesundheit Leibes und der Seele, Familie, Freundschaft, Arbeit und Fei — aus den gnädigen Händen Gottes im Sinne des ersten Artikels unseres Glaubensbekenntnisses. Und weiter: daß Pessimismus da keinen Boden fassen kann, wo die Verheißungen der beiden anderen Artikel, Erlösung und Heiligung, wirklich gehört werden. Aber daran können wir nicht vorbeigehen, daß für den Kenner der Geschichte und aufmerksamen Betrachter unserer Zeit die Frage riesengroß am Horizont geschrieben steht: ob wir noch auf eine Zukunft unseres Volkes und der Völker überhaupt rechnen dürfen oder ob wir uns in gewaltigen Schritten jener Zeit nähern, von der geschrieben steht, daß alle Völker der Erde wehklagen werden. Wo der idealistische Glaube an eine unendliche Vervollkommenheit der Menschheit, an eine ewige Fortdauer menschlicher Geschichte nicht mehr geteilt wird, da erhält der Geschichtsunterricht — und nicht nur dieser — einen erschütternden Ernst, den nur Mißverständnis mit Pessimismus verwechseln kann. Junge Leute, denen zum Teil vielleicht noch das städtische Leben in lauten bunten Farben schillert, hören die schlichte Wahrheit nicht gern, daß unserer Volkswirtschaft nur geholfen werden kann durch Verstärkung der landwirtschaftlichen Grundlage. Und auch das klingt jungen deutschen Ohren bestreblich, daß das, was mit den Juden heute vor sich geht, für uns von entscheidender Bedeutung sein könnte.

Wenn so vielleicht ein Unverständenes zwischen uns gestanden haben mag, so hat das die Kameradschaft nicht getrübt. Stärker als der Unterricht wird dem einen oder anderen eine Stunde der Fei oder der Trauer, ein nächtliches Lagern am Feuer, eine Bootsfahrt auf dem Fluß in Erinnerung bleiben oder ein erstes Gespräch unter vier Augen. Die Wohnungen von uns Lehrern waren unseren Schülern nicht verschlossen. Als gute Kameraden, so möchten Lehrer und Schüler unserer Schule überhaupt zueinander stehen. Das Leben ist bunt, und der Wege sind viel, die den einen oder anderen nach Bethel an die Friedrich von Bodelschwingh-Schule führen, als Schüler oder Lehrer. Aber, wer hier ist, sei uns als guter Kamerad willkommen, und wer in Ehren von uns geht, bleibe es auch in Zukunft. Was aus all den vielen und mannigfachen Einflüssen des Ortes, von gesunden und kranken Menschen, von der Glaubenshaltung der Lehrer, vom gehörten Wort und dem beobachteten Tun angenommen wird und Frucht bringt zu seiner Zeit, das zu messen und zu wägen steht uns nicht zu. Ich bin aber gewiß, daß gerade die beiden Primanerjahre von Bedeutung sind, und ich glaube, daß noch manches nachwirken wird, was zunächst vielleicht vergessen zu sein scheint.

Mit keinem der Abiturienten, so hoffe ich, werden die Beziehungen mit dem heutigen Tage abbrechen. Sie werden bald spüren, was es heißt, aus dem behüteten Lebenskreis der Schule in das nackte, graufame Leben herauszutreten. — Ich habe nicht gesprochen von dem Maße ihrer wissenschaftlichen Leistungen. Was sich davon in Ziffern fassen läßt, enthalten diese Zeugnisse, die ich als erste unserer Schule, mit ihrem Bilde geschnitten, Euch nunmehr übergebe.

Dr. Georg Müller.



Nr. 74.

Auf dich
Mit dir
Jesus Christus
Der durch
Führt zu
Ihrem Ziel

Auf dem
Winkt ab
Deines
Zu der
Dir gehö
Auch dur

„Folge mir

Herolde des
die sein, die u
bereiten, Herol
geben: Folge.
men, nicht nur
Namen des ga
Jesu Christi, d
gen Geschlecht
jedes lebende
dafür zu sorg
Auf Jesu deut
macht, ist ihre
wichtig. Nach
vorausgehende
über Berechtig
nisses verschied
fentliche. Zur
wir Unterricht
wie wir wolle
daß dieser Ru
durchgeht, leb
gend erreicht.

Eine ganz
diesem Rufe
leben, was u
Matthäus erz
werden absch
schen Sohn un
gesichertes A
Gruben verfi
Vögel. Viele
herigen Frau
Lehrer, die v
Willenlos las
Viele werden
ruf zurückbesi

Wollen wir
ren lassen? I
Wenn nur die
Jesu Christi
res Herrn v
ternhaus ges
kreis. Aber
ihrer Pflicht,
aufporren.

Alle Klage
verkehrte Ze
prüfen, und
schlossen abt
Konfirmation
Bedeutung,
kennenlernt,
Nachfolge Jes
mation nicht
die Eltern o
ihre große
schlecht aufs
zu: „Folge